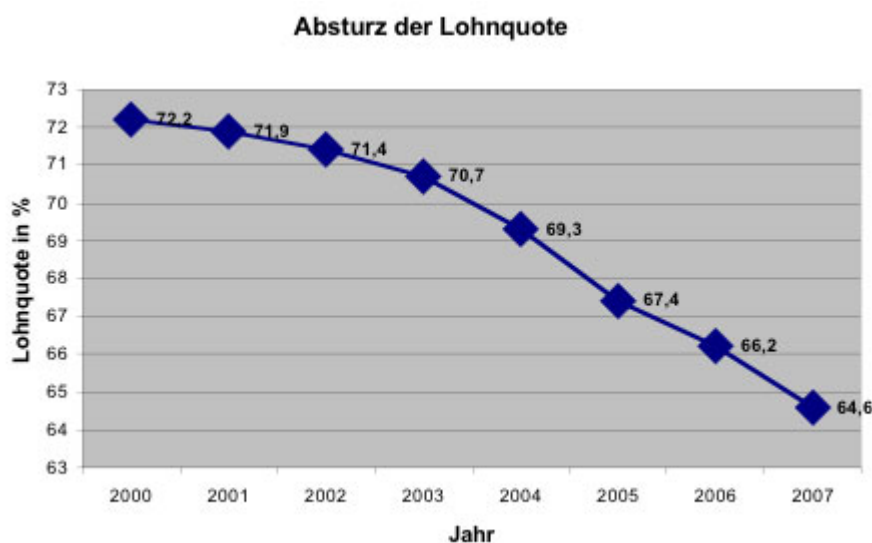


Inzwischen werden jährlich 135 Milliarden EUR vom Arbeitnehmer/Staat/Sozialversicherung wegverteilt.

Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (d.h. der Bruttolöhne incl. Lohnsteuern, Sozialabgaben und incl. AG-Anteile an Sozialversicherungsbeiträgen) am Volkseinkommen lag noch Anfang der 80er Jahre bei 76%. Bis zum Jahr 2000 ist der Anteil auf 72,2% (Destatis) nur langsam zurückgegangen. In den letzten 7 Jahren seit dem Jahr 2000 hingegen brach die Lohnquote regelrecht ein: im Gesamtjahr 2007 auf nur noch 64,6% (Destatis)! Zum Vergleich: Die USA haben seit Jahr-zehnten eine konstante Lohnquote von etwa 70%!

Was steckt hinter diesem scheinbar harmlosen Rückgang der Lohnquote um rd. 8%? Nun, dieser Rückgang bedeutet schlicht, dass die Arbeitnehmer und mit Ihnen die Sozialversicherungssysteme und der Staat auf nunmehr jährlich 135 Milliarden Euro (in den letzten 4 Jahren insgesamt über 400 Milliarden Euro) verzichten zugunsten der Unternehmer und Vermögenden. Von Uwe Hans Staub



Konkret in Zahlen ausgedrückt:

	2000 in Mrd. €	2007 in Mrd. €	2007, falls Ver- teilung (Lohn- quote) wie 2000	Differenz
Volkseinkommen	1524	1824	1824	
davon:				
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	424	643	508	-135
Arbeitnehmerentgelt	1100	1181	1316	+135
darin enthalten:				
Sozialversicherungsbeiträge (AN+AG)	359	388	432	+44
Lohnsteuer	171	172	192	+20
Nettolohn	570	621	692	+71
Lohnquote (Arbeitnehmer- entgelt/Volkseinkommen)	72,2%	64,6 %	72,2%	

Fazit: Wäre die Verteilung zwischen Unternehmens-/Vermögenseinkommen einerseits und Arbeitnehmerentgelt andererseits in 2007 unverändert wie in 2000 geblieben, hätten sich Unternehmer/Vermögende gleich wie Arbeitnehmer um jeweils 20% Steigerung (nicht inflati-onsbereinigt) in den letzten 7 Jahren freuen können.

UND: das Arbeitnehmerentgelt hätte dann allein in 2007 um 135 Milliarden Euro höher gelegen!! Das hätte bedeuten können:

44 Mrd. Euro mehr für die Sozialversicherungskassen
(Renten, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung)
20 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen (Lohnsteuer)
71 Mrd. Euro mehr Nettolohn für die Verbraucher,
d.h. höhere Kaufkraft zu Stärkung unseres Binnenmarktes

Die indirekten Wirkungen (z.B. keine notwendigen Nullrunden für Rentner, damit noch höhere Kaufkraft – keine notwendige Mehrwertsteuererhöhung, aber dank Mehrkonsum trotzdem höhere Steuereinnahmen, mehr binnenmarktgetragenes und damit stabileres Wirtschafts-wachstum usw.) sind noch viel größer.

Herr Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup, Wirtschaftswissenschaftler, kommentiert seine ganz ähnlichen Berechnungen in der Sendung vom Deutschlandradio 29.04.2008 wie folgt:

Das zeigt die gigantische Umverteilung. Das ist im Grunde des Pudels Kern.
Darin liegt unsere Krise begründet und wenn wir dort nicht zur Besinnung
kommen, dann werden wir unser Land noch weiter vor die Wand fahren.

	2000	2006/2007	Differenz
Unternehmens- und Vermögenseinkünfte	424	643	+219
Bruttoanlageinvestitionen	442	449	+7
veranlagte Einkommenssteuer	12,7	17,6	+4,9
Zinsabschlagsteuer	7,3	7,6	+0,3
Kapitalertragssteuer	24,8	22,9	-1,9
Gewerbesteuer	27,0	38,4	+11,4

Schlussbemerkungen:

1. Ein weiterer Verfall der Lohnquote führt zu einer dramatischen Schwächung des Binnenmarktes, weiter sinkenden Staats- und Sozialversicherungseinnahmen und letztlich einem drohenden Ende des sozialen Friedens in Deutschland.
2. Nur wenn die Arbeitnehmer wieder am Produktivitätszuwachs beteiligt werden, ist auch unser Rentensystem trotz des "Demographieproblems" sicher - bis über das Jahr 2050 hinaus.
3. "Mehr Netto vom Brutto" ist kein Lösungsansatz: dabei laufen nur In-sich-Transfers div. Posten der Arbeitnehmerentgelte ab (die allenfalls soziale Konflikte und Armut verschärfen), da nur innerhalb der Posten des Arbeitnehmerentgelts (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge und Löhne) umverteilt wird; die Lohnquote und damit das grundsätzliche Verteilungsproblem ändert sich dadurch überhaupt nicht!
4. Damit wird auch klar, dass ein weiteres "Erfolgsrezept", der Kombilohn, nicht helfen wird - staatliche Lohnzuschüsse müssen ganz überwiegend von der Lohnsteuer (40%) und den Verbrauchssteuern (50%) finanziert werden - und damit wiederum aus dem Arbeitnehmerentgelt heraus. Kombilohn statt Mindestlohn bedeutet zudem Einnahmeverluste bei den Sozialversicherungen.
5. Auch die geplanten Förderungen von Mitarbeiterbeteiligungen sind allenfalls Peanuts mit 360 EUR/Jahr und Mitarbeiter.
6. Einfache Lösungen sind oft die besten, in diesem Fall lautet sie schlicht: Mehr Brutto! Damit lässt sich noch ein weiteres Problem lösen: Unsere europäischen Nachbarn und wichtigsten Handelspartner konnten früher ihre Währungen bei auseinanderklaffenden Lohnstückkosten abwerten - nun können sie es nicht mehr. Wenn sie den bisherigen deutschen Sonderweg der drastischen "Lohnzurückhaltung" nicht mitgehen wollen, werden sie auf Dauer aus der gemeinsamen Währungsunion wieder aussteigen müssen - wollen wir das?

VGR des Bundes - Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländerkonzept): Deutschland, Jahr			
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes Deutschland			
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	
		2000	2007
Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Mrd. EUR	1 100,06	1 179,74p
- Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Mrd. EUR	216,70	225,30p
= Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	Mrd. EUR	883,36	954,44p
- Abzüge der Arbeitnehmer	Mrd. EUR	313,76	334,86p
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Mrd. EUR	142,47	162,40p
Lohnsteuer	Mrd. EUR	171,29	172,46p
= Nettolöhne u. -gehälter (Inländer)	Mrd. EUR	569,60	619,58p
nachrichtl.: Arbeitnehmerentgelt mtl. je Arbeitn.	EUR	2 610	2 792p
Bruttolöhne u. -geh. mtl. je Arbeitn.	EUR	2 096	2 259p
Nettolöhne u. -geh. mtl. je Arbeitn.	EUR	1 351	1 466p

Alle Zahlen entnommen aus: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (www.destatis.de), mit Ausnahme der kursiv gedruckten Zahlen (vom Autor hochgerechnet). Einige der Destatis-Zahlen sind noch als vorläufig deklariert.

[Siehe auch die Tabelle. \[PDF - 36 KB\]](#)